



Workers' Group
EESC

UNSERE PRIORITÄTEN

für sozialen Fortschritt

2023-2025



FIGHT TODAY



FOR A BETTER



TOI

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	4
POLITISCHER ÜBERBLICK	8
VORREITER DES WANDELS	11
SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN	12
WIRTSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN	18
UMWELTPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN	22
DIGITALER WANDEL	26
MIGRATION	30
RECHTSSTAATLICHKEIT UND GRUNDRECHTE	32
EINE GLOBALE AGENDA AUF DER GRUNDLAGE VON SOLIDARITÄT, GLEICHHEIT UND INKLUSION	34
BESSERE POLITIKGESTALTUNG UND STRATEGISCHE VORAUSSCHAU	38

ZUSAMMENFASSUNG

Eine Zukunft schmieden, die nicht nur sozial und nachhaltig ist, sondern auch die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, der Gleichstellung der Geschlechter, der Solidarität und der Vielfalt wahrt. Unsere Demokratie und Gesellschaft sowie jeden Einzelnen, unabhängig von den jeweiligen Umständen, stärken.

Unser Weg erfordert ständigen Einsatz und Entschlossenheit, wenn wir eine Gesellschaft gestalten wollen, die von Wohlstand für alle und Gleichheit geprägt ist. Wenn wir den Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen im Europäischen Parlament unsere Prioritäten übermitteln, wollen wir unsere Vision in ihre Wahlkampfprogramme für die entscheidenden Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 einfließen lassen und für die nächste EU-Wahlperiode auf echten und nachhaltigen sozialen Fortschritt drängen.

SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN

Zu viele Menschen leiden Not oder sind aufgrund von Armut, Diskriminierung, mangelnder Bildung oder anderen Benachteiligungen von der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Arbeitsplätze und die Beschäftigungsbedingungen müssen verbessert werden, auch um die anhaltende Krise in Bezug auf die psychische Gesundheit anzugehen.

Wir brauchen einen Pakt für nachhaltige Entwicklung und sozialen Fortschritt, mit guten Arbeitsplätzen für alle. Die soziale Säule muss vollständig und effektiv umgesetzt werden. Die wirtschaftspolitische Steuerung der EU muss darauf abzielen, die Ungleichheit zu verringern und die Lohnkonvergenz zu fördern. In die EU Verträge sollte ein Protokoll über den sozialen Fortschritt aufgenommen werden. Darüber hinaus brauchen wir strenge und verbindliche Sorgfaltspflichten und Mechanismen für die Rechenschaftspflicht von Unternehmen.

Die Sozialpartner müssen im Mittelpunkt der Politikgestaltung stehen, bei Tarifverhandlungen einbezogen werden und als Stimme der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz fungieren, den sozialen Dialog in

die europäische Industriestrategie integrieren, die Tarifbindungsrate aufrechterhalten und wiederherstellen und den Kampf gegen die extreme Rechte unterstützen.

WIRTSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN

Geopolitische Spannungen, unsichere Arbeitsverhältnisse, prekäre Beschäftigungsbedingungen, der Klimawandel, die dramatisch gestiegenen Lebenshaltungskosten und die Digitalisierung stellen die europäischen Arbeitnehmer vor neue wirtschaftliche Herausforderungen. Eine Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU, des Europäischen Semesters, des MFR und der Eigenmittel der EU ist deshalb unerlässlich.

Der Aktionsplan für die Sozialwirtschaft muss umgesetzt werden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss vor seiner Wiedereinführung reformiert werden und eine tiefgreifende Reform der Besteuerung unter Berücksichtigung von Gerechtigkeit und Solidarität und die Bereitstellung von EU-Eigenmitteln für einen starken gemeinsamen Haushalt müssen Priorität haben.

Die Wirtschaftspolitik muss von Nachhaltigkeit in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht geleitet werden, wobei sicherzustellen ist, dass das Europäische Semester mit den Zielen eines gerechten Übergangs verknüpft ist und die Maßnahmen des ökologischen Wandels weitergeführt werden.

Auch Investitionen, Finanzierungen und die Vergabe öffentlicher Aufträge müssen auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein, die zudem unser Verständnis von Wettbewerbsfähigkeit leiten und unsere Volkswirtschaften über das BIP hinaus vorantreiben muss.

UMWELTPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Der Klimawandel stellt eine existenzielle Bedrohung für die menschliche Zivilisation und unsere Gesellschaften dar. Die Bewältigung des Klimawandels, der Einsatz von Maßnahmen zu seiner Minimierung, der grüne Wandel, die Senkung der CO₂-Emissionen und die Kreislaufwirtschaft haben zusammen mit der Digitalisierung Auswirkungen auf die Arbeitswelt, da sie die Art der Arbeitsplätze und Aufgaben verändern und neue Berufe entstehen sowie andere verschwinden lassen. Diese Veränderungen stehen im Zusammenhang und verstärken sich gegenseitig.

Alle damit zusammenhängenden politischen Entscheidungen müssen vom Gedanken eines gerechten Übergangs geleitet werden. Im Rahmen dieses Konzepts müssen die Bürger und Arbeitnehmer Unterstützung und Zugang zu Umschulungen und Weiterqualifizierung erhalten, ihnen müssen gute Arbeitsplätze geboten werden und sie müssen in jeder Phase einbezogen werden. Der Mechanismus für einen gerechten Übergang und der Klima-Sozialfonds müssen erweitert und von einer Richtlinie für einen gerechten Übergang flankiert werden.

Regionale Ungleichgewichte und schutzbedürftige Gruppen sind besonders zu berücksichtigen und der Grüne Deal sollte bei Handelsabkommen eine zentrale Rolle spielen. Auch der Strommarkt sollte tiefgreifend reformiert werden, um Stabilität und Erschwinglichkeit sowie Versorgungssicherheit, Diversifizierung und Nachhaltigkeit sicherzustellen.

DIGITALER WANDEL

Die Digitalisierung hat wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile für die Arbeitnehmer mit sich gebracht, z. B. mehr Flexibilität, Autonomie und Möglichkeiten, Beruf und Familie besser miteinander in Einklang zu bringen. Sie hat aber auch eine negative Arbeitskultur geschaffen, in der Arbeitnehmer ständig erreichbar und für arbeitsbezogene Anfragen verfügbar sein müssen, und den Weg für eine verstärkte Überwachung der Beschäftigten geebnet. Gegen diese schädlichen Folgen für die Arbeitnehmer muss etwas getan werden.

Die Beschäftigungsbedingungen, insbesondere von Arbeitnehmern auf Online-Plattformen, müssen geschützt werden, wobei dafür zu sorgen ist, dass digitale Kompetenzen zugänglich und weit verbreitet sind, die digitale Kluft geschlossen wird und lebenslanges Lernen sowie Weiterqualifizierungsmöglichkeiten angeboten und für alle zugänglich gemacht werden.

Künstliche Intelligenz muss für das Gemeinwohl eingesetzt werden, und den damit verbundenen ethischen Problemen muss vorgebeugt werden. Der Mensch muss die Kontrolle behalten, in KI-bezogenen Arbeitsumgebungen müssen Tarifverhandlungen stattfinden, biometrische Überwachung muss verboten werden und das Sozialversicherungssystem muss reformiert werden, damit die Robotisierung das Funktionieren unserer Sozialsysteme nicht behindert.

MIGRATION

Die Massenmigration stellt eine enorme menschliche Herausforderung dar und hat sich, insbesondere für die extreme Rechte, zu einem hochpolitischen Thema entwickelt. Wir brauchen eine Antwort, die im Einklang mit den Menschenrechten und der Achtung des Wertes des menschlichen Lebens steht und bei der Solidarität ein Leitprinzip ist, um eine möglichst wirksame Asylpolitik zu entwickeln, Schutzsuchenden Schutz bieten zu können und sichere und legale Wege nach Europa zu eröffnen, wobei auch die EU-Mitgliedstaaten an den Grenzen unterstützt und wirksame Kooperationsmechanismen mit einem langfristigen Plan geschaffen werden sollten, um Stabilität, Demokratie und Wohlstand in den EU-Nachbarländern und darüber hinaus zu schaffen.

Es sollte ein Migrations- und Asylpaket zum Schutz der Integrität und der Rechte der Menschen verabschiedet werden. Des Weiteren sollten Informationskampagnen mit empirischen Daten zur Migration gefördert, funktionierende Such- und Rettungssysteme im Meer eingerichtet und das Dubliner Übereinkommen zur Überprüfung des Asylantrags durch den Mitgliedstaat, in den der Asylbewerber zuerst eingereist ist, überprüft werden.

RECHTSSTAATLICHKEIT UND GRUNDRECHTE

Die Demokratie beruht nicht nur auf dem Willen der Mehrheit, sondern auch auf der Achtung von Minderheiten und politischen Unterschieden, wobei jeder Mensch der Rechtsstaatlichkeit unterliegt und durch die Grundrechte geschützt ist. Die extreme Rechte, Desinformationskampagnen und die Verbreitung von Fake News sind eine existenzielle Bedrohung für die Demokratie.

Jede Art von Diskriminierung muss bekämpft werden und es muss gegen die Verbreitung von Fake News und Desinformation sowie die Bedrohung, die sie für unsere Gesellschaften darstellen, vorgegangen werden. Es bedarf eines funktionierenden zivilen und rechtlichen

Rahmens für die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften und der Unternehmensverbände. Extremismus muss bekämpft werden, soziale Rechte müssen überwacht sowie die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte, einschließlich wirtschaftlicher und sozialer Rechte, gefördert werden.

Globale Agenda

Unter den gegenwärtigen geopolitischen Rahmenbedingungen müssen wir uns für eine globale Agenda einsetzen, die auf einem multilateralen Ansatz und multilateralen Institutionen und nicht auf Protektionismus und Unilateralismus beruht, wobei wir die Menschenrechte achten und fördern und uns für Frieden und Sicherheit in der Welt einsetzen.

Faire Handelsabkommen, ein gutes Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien und der Schutz der sozialen Bedingungen, die Unterstützung für die Ukraine und der Einsatz für den Rückzug Russlands, langfristige Investitionen in Afrika und im Mercosur sowie die Förderung der Erweiterung der EU haben Priorität.

Bessere Politikgestaltung und Vorausschau

Die Vorausschau muss ein offener und pluralistischer Prozess sein, in den die organisierte Zivilgesellschaft, insbesondere der EWSA, in jeder Phase sowie bei der Festlegung der Referenzszenarien eingebunden ist. Das Referenzszenario für die Vorausschau sollte darauf abzielen, durch einen gerechten sozio-ökologischen Wandel und unter angemessener Berücksichtigung gesundheitspolitischer Anliegen für das Wohlergehen der europäischen Bevölkerung zu sorgen.



POLITISCHER ÜBERBLICK

Seit einiger Zeit ist die EU mit vielen schwierigen Herausforderungen konfrontiert: Krieg, geopolitischen Spannungen, dem Klimanotstand, steigenden Lebenshaltungskosten, den Nachwirkungen der Pandemie, Migrationsdruck und der kaum zu stoppenden Verbreitung von Fehlinformationen.



In diesem radikal neuen Umfeld haben sich die europäischen Arbeitnehmer zu einer treibenden Kraft hinter bahnbrechenden sozialen Entscheidungen auf europäischer Ebene entwickelt. Im EWSA war die Gruppe Arbeitnehmer ein Architekt des Wandels, der dafür gesorgt hat, dass sich alle Fachgruppen für den Aufbau eines starken, demokratischen, sozialen und integrativen Europas einsetzen.

ZU DEN WICHTIGSTEN ERFOLGEN GEHÖREN DIE FORTSCHRITTE BEI DER RICHTLINIE ÜBER ANGEMESSENE MINDESTLÖHNE, DER RICHTLINIE ZUR LOHNTRANSPARENZ UND DER RICHTLINIE ÜBER PLATTFORMARBEIT.

Im April 2023 wurde der EWSA nach der Hälfte seiner Mandatsperiode neu besetzt. Dabei gab es sowohl im EWSA als auch in der Gruppe Arbeitnehmer einen Führungswechsel, der neue Energie für die Bewältigung neuer Herausforderungen mit sich brachte. Der bisherige Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer, Oliver Röpke, übernahm das Amt des EWSA-Präsidenten. Zugleich wurde Lucie Studničná zur neuen Vorsitzenden unserer Gruppe gewählt.

Diese Veränderungen stehen im Einklang mit den Ergebnissen der Konferenz zur Zukunft Europas. Die EU hat die klar formulierten Wünsche ihrer Bürgerinnen und Bürger und deren Wunsch nach Veränderung zur Kenntnis genommen. Jetzt bedarf es glaubwürdiger Vorschläge, um die nächste Phase des europäischen Projekts einzuleiten.

UNTER DEM MOTTO „FÜR SOZIALEN FORTSCHRITT EINSTEHEN“ („PUSHING FOR SOCIAL PROGRESS“) HAT DER NEUE VORSITZ DER GRUPPE ARBEITNEHMER ANSTRENGUNGEN UNTERNOMMEN, UM UNSERE PRIORITÄTEN NEU ZU JUSTIEREN.

Um diese entscheidenden Themen auszuloten und Einfluss zu nehmen, wurde von Juli bis Ende November 2023 eine Reihe von politischen Debatten mit hochrangigen Rednern und Sachverständigen organisiert. Die aktualisierten Prioritäten wurden in der Sitzung unserer Gruppe am 13. Dezember 2023 angenommen.

UNSER ZIEL FÜR DIE NÄCHSTEN JAHRE IST ES, EINE ZUKUNFT ZU SCHMIEDEN, DIE NICHT NUR SOZIAL UND NACHHALTIG IST, SONDERN AUCH DIE GRUNDSÄTZE DER RECHTSSTAATLICHKEIT, DER MENSCHENRECHTE, DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER, DER SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN UND DER VIELFALT WAHRT.

Wir wollen eine Zukunft schmieden, die unsere Demokratie, unsere Gesellschaften und jeden Einzelnen, unabhängig von seinen Lebensumständen, stärkt und fördert.

Unser Weg erfordert ständigen Einsatz und Entschlossenheit, wenn wir eine Gesellschaft gestalten wollen, die von Wohlstand für alle und Gleichheit geprägt ist. Wenn wir unsere Prioritäten an die Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen im Europäischen Parlament, die Mitglieder der Kommission und die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten übermitteln, wollen wir unsere Vision in ihre Wahlkampfprogramme für die entscheidenden Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 einfließen lassen und für die nächste EU Wahlperiode auf echten und nachhaltigen sozialen Fortschritt drängen.



VORREITER DES WANDELS

Zu prüfen ist, auf welche Weise die politischen Prioritäten am besten verwirklicht werden können. Dabei sollten die von der Gruppe Arbeitnehmer ermittelten Faktoren für eine erfolgreiche Umsetzung zugrunde gelegt werden.

Der Einfluss der Gruppe Arbeitnehmer beruht auf

- einer gemeinsamen Vision und gemeinsamen Prioritäten (gemeinsamen Inhalten),
- Repräsentativität – mit Blick auf die Verbände der Mitglieder,
- interner Kohärenz und Geschlossenheit – „Wir sprechen mit einer Stimme“,
- der Nutzung der Ämter und Funktionen der Mitglieder der Gruppe in den verschiedenen Arbeitsorganen und Aufgabenbereichen des EWSA,
- einem konstruktiven Verhältnis zu den Mitgliedern der anderen Gruppen,
- Synergien mit dem EGB und europäischen Gewerkschaftsverbänden,
- aktivem Austausch und aktiver Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen und weiteren Organisationen, das heißt politischer Sichtbarkeit,
- genereller Öffentlichkeitswirksamkeit durch Kommunikation und soziale Medien.

ARBEITSPLAN

Nach einer schmerzhaften Finanzkrise, die Mitte 2007 begann, konzentrierte die Gruppe ihre Bemühungen darauf, Lösungen für die Bewältigung des Klimawandels zu finden und den digitalen Wandel bestmöglich voranzutreiben. Im Anschluss sahen wir uns mit einer noch nie dagewesenen Pandemie und in jüngster Zeit mit einem Krieg auf unserem Kontinent und in unseren Nachbarländern konfrontiert. Es ist höchste Zeit für uns, die europäischen Gewerkschaften, die Europäische Union für die neuen Zeiten, die uns bevorstehen, zu stärken.

Wir brauchen stärkere Instrumente zur Verteidigung des sozialen Europas und der Demokratie, zur Bewältigung des Klimawandels und des digitalen Wandels, zur Verbesserung von Bildung, sozialem Zusammenhalt, der Gleichstellung der Geschlechter und der Gesundheit.

Die Gruppe Arbeitnehmer wird eng mit dem neuen Europäischen Parlament, der neuen Europäischen Kommission und den kommenden Ratspräsidentschaften zusammenarbeiten und soziale Fragen dabei stets in den Mittelpunkt der europäischen Politik stellen.

Die Länder des Dreivorsitzes 2023 und 2024 (Spanien, Belgien, Ungarn) haben sich verpflichtet, einen Rahmen für soziale Konvergenz und soziale Investitionen zu fördern.

WIR ARBEITEN MIT IHNEN ZUSAMMEN, UM DIE AUFWÄRTSKONVERGENZ UND DEN SOZIALEN ZUSAMMENHALT ZU FÖRDERN.

Wir werden auch mit den Ländern des nächsten Dreivorsitzes 2025 und 2026 (Polen, Dänemark und Zypern) zusammenarbeiten und uns dabei insbesondere auf die Themen soziale Resilienz, grüner Wandel, gerechter Übergang und digitaler Wandel konzentrieren.

SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN

Die EU muss in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik stärker aktiv werden, um einen grundlegenden internen sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt im Kontext des ökologischen und des digitalen Wandels sicherzustellen.

Wirtschaftlicher Fortschritt wird ohne sozialen Fortschritt nicht nachhaltig sein. Nachhaltige Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sind Schlüsselemente einer positiven Synthese. Die folgenden Grundsätze sind zu entscheidenden Elementen eines nachhaltigen europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells geworden: Mindestlohn, Mindesteinkommen, Zugang zu lebensbegleitendem Lernen, Beseitigung der Kinder- und Jugendarmut, Zugang zu Betreuung und Pflege, um die Gleichstellung der Geschlechter zu ermöglichen, und sozialer Schutz in Form von Leistungen und Beiträgen für alle Arten der Beschäftigung. Zwar ist das europäische Modell ein Vorbild für viele andere Regionen in der Welt, doch gibt es auch in der EU noch zu viele Menschen, die in Not leben oder aufgrund von Armut, Diskriminierung, fehlender Bildung oder wegen anderer Benachteiligungen von der Gesellschaft ausgegrenzt sind. Die Gruppe Arbeitnehmer wird sich auch künftig für eine gerechtere Zukunft für Europa einsetzen. Dazu gehören unter anderem der soziale Dialog, Tarifverhandlungen, der

Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte wie das Vereinigungs- und Streikrecht sowie die Verhinderung von Gewerkschaftsfeindlichkeit.

DIE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- Verabschiedung eines Pakts für nachhaltige Entwicklung und sozialen Fortschritt: Unser Kampf für gute Arbeitsplätze setzt auch voraus, dass wir sicherstellen, dass jeder die Möglichkeit hat, unter akzeptablen Bedingungen zu arbeiten. Insbesondere in Zeiten, in denen so viel nützliche soziale und ökologische Arbeit getan werden muss, werden wir weiter die Arbeitslosigkeit bekämpfen und die Langzeitarbeitslosen nicht allein lassen. Wir werden weiterhin das Wohlergehen der Arbeitnehmer und die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt unserer Arbeit und Maßnahmen stellen.
- Europäische Säule sozialer Rechte (EPSR) und Europäisches Semester: eine klare und wirksame Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte durch einen soliden Aktionsplan für eine uneingeschränkt soziale und nachhaltige wirtschaftspolitische Steuerung. Es ist notwendig, Ungleichheiten abzubauen und das wachsende Lohngefälle und das geschlechtsspezifische Gefälle zu schließen sowie klare Regeln für gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, um Sozialdumping zu verhindern.
 - ◆ Auch die nächste Europäische Kommission sollte sich an der Europäischen Säule sozialer Rechte orientieren. Wir werden uns für die vollständige Umsetzung aller 20 Grundsätze der Europäischen Säule sozialer Rechte und ihre Einbeziehung in den institutionellen Rahmen der EU einsetzen.
 - ◆ Die Umsetzung der Initiativen des Aktionsplans auf nationaler Ebene im Rahmen der Europäischen Säule sozialer Rechte sollte mit dem Europäischen Semester verknüpft werden. Im Rahmen des Europäischen Semesters müssen neue Indikatoren mit konkreten Zielen zur Umsetzung der Säule in das sozialpolitische Scoreboard aufgenommen werden. Diese Aspekte sollten weiterverfolgt und die Fortschritte durch den Aktionsplan auf nationaler Ebene gemessen werden.
 - ◆ Das Europäische Semester sollte das Instrument zur Messung der Indikatoren für die tarifvertragliche Abdeckung und die Beteiligung der Arbeitnehmer sein (es sollte angestrebt werden, einen Anteil der Sitze in den Entscheidungsgremien der Unternehmen Arbeitnehmervertretern vorzubehalten). Ein Indikator für den sozialen Dialog in der EU könnte die Zahl der ausgehandelten Tarifvereinbarungen sein.
 - ◆ Die wirtschaftspolitische Steuerung im Rahmen des Europäischen Semesters sollte darauf abzielen, die Ungleichheit zu verringern und die Lohnkonvergenz in Europa zu erhöhen.
- Wir brauchen eine „Demokratisierung der Arbeit“



– die Beteiligung der Arbeitnehmer ist für den Erfolg des grünen und des digitalen Wandels unerlässlich. In Zeiten beschleunigten Wandels durch starke Triebkräfte wie Digitalisierung und Automatisierung und der Herausforderungen des Klimawandels sind die strukturellen Schwächen und Mängel des EU-Besitzstandes in Bezug auf die Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung der Arbeitnehmer deutlicher sichtbar geworden. Wir brauchen einen strikteren und ehrgeizigeren Rahmen, der mehr beinhaltet als nur einen „Neustart des sozialen Dialogs“. Deshalb plädieren wir für einen stärkeren Rechtsrahmen für die Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung der Arbeitnehmer, der vor allem Folgendes erfordert:

- ◆ die durchgängige Berücksichtigung der Arbeitnehmermitbestimmung als übergreifendes Strukturelement in allen europäischen Rechtsvorschriften und Initiativen, die Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen haben;

- ◆ einen Rechtsrahmen, der eine frühzeitige Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer bei grenzüberschreitenden Umstrukturierungen sicherstellt und betrügerische Praktiken und/oder Praktiken zur Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen verhindert;

- ◆ eine Richtlinie über Europäische Betriebsräte, die den Realitäten und Bedürfnissen grenzüberschreitender Umstrukturierungen besser entspricht und der Notwendigkeit Rechnung trägt, die Europäischen Betriebsräte mit den notwendigen Ressourcen und Kompetenzen auszustatten, um grenzüberschreitende Unterrichtung und Anhörung auf Augenhöhe durchzuführen;

- ◆ gleiche Bedingungen für die Arbeitnehmermitbestimmung in Leitungsgremien und ein Konzept, mit dem ein verbindliches Mindestniveau der Mitbestimmungsrechte und dynamische europäische Mindeststandards für die Vertretung aktiv entwickelt und gefördert werden, anstelle von Strategien zur Vermeidung solcher Rechte;

- ◆ die Verabschiedung einer ehrgeizigen und verbindlichen Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und einer Verordnung über Zwangsarbeit, sodass europäische Unternehmen für die sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Bedingungen in ihren Wertschöpfungsketten Verantwortung übernehmen;

- ◆ die Stärkung der Tarifverhandlungen auf allen Ebenen, einschließlich der Ausweitung ihres Geltungsbereichs und der Wiederherstellung der Tarifverhandlungssysteme, insbesondere in Ländern, die Tarifverhandlungen dezentralisieren mussten, um in den Genuss von finanzieller Unterstützung und

wirtschaftlichen Anpassungsprogrammen zu kommen; die Erhöhung der tarifvertraglichen Abdeckung auf mindestens 80 % in Übereinstimmung mit der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne und die Schaffung von Anreizen für Tarifverhandlungen, indem den Gewerkschaften in gut funktionierenden nationalen Selbstregulierungssystemen Spielraum für die Aushandlung von Tarifverträgen eingeräumt wird; die Rolle der Gewerkschaften bei der Bewältigung des gerechten Übergangs muss auch durch die Stärkung der Demokratie am Arbeitsplatz sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene gestärkt werden;

- ◆ die Verhinderung von gewerkschaftsfeindlichen Praktiken durch den Schutz der Rechte der Sozialpartner, einschließlich des (persönlichen und digitalen) Zugangs der Gewerkschaften zu den Betrieben, des Vereinigungsrechts, des Rechts auf Tarifverhandlungen und des Streikrechts; negative Auswirkungen und Missbrauch durch Arbeitgeber oder gelbe Gewerkschaften müssen verhindert werden;

- ◆ die Erweiterung von Tarifvereinbarungen um grüne Klauseln mit dem Ziel, sicherzustellen, dass sie grundlegender Bestandteil aller Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiewende und dem digitalen Wandel sind;

- Verbesserung des sozialen Dialogs auf EU-Ebene

- ◆ Entwicklung von Instrumenten für den Aufbau von Kapazitäten für den sozialen Dialog und die Arbeitnehmerbeteiligung sowie Förderung der Einbeziehung der Arbeitnehmer.

- ◆ Einbindung eines Netzes von Koordinatoren in alle Direktionen der Europäischen Kommission zur Förderung des sozialen Dialogs.

- ◆ Einbindung des Systems der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern und ihrer Beteiligung auf eine inklusive und kooperative Weise in die europäische Industriestrategie und dabei Förderung der strategischen Autonomie Europas und eines auf dem europäischen Sozialmodell basierenden globalen Wettbewerbssystems.

- ◆ Unterstützung der Aufnahme eines Protokolls über den sozialen Fortschritt in die EU-Verträge, um sicherzustellen, dass Arbeitnehmer, Gewerkschafts- und soziale Rechte im Konfliktfall Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben.

- Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen: Gute Arbeitsplätze müssen sozial wie auch ökologisch nachhaltig sein, mit menschenwürdigen Beschäftigungsbedingungen, gerechten Löhnen, gleichem Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit am gleichen Ort sowie einer fairen Mobilität der Arbeitskräfte.

- Der digitale Wandel und die Zunahme der Telearbeit

als wesentliche Produktionsmethode bringen zwar Vorteile für die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, aber auch viele Probleme u. a. in Bezug auf das Recht auf Nichterreichbarkeit und die Gleichstellung der Geschlechter.

- Künstliche Intelligenz und generative KI-Systeme werden große Veränderungen in der Arbeitswelt und auf den Arbeitsmärkten bewirken. Es bestehen große Chancen und zugleich enorme Herausforderungen, denn es können neue Arbeitsplätze entstehen und bestehende verdrängt werden. Typische Arbeitsplätze von Frauen sind doppelt so stark vom Verschwinden betroffen wie typische Arbeitsplätze von Männern. Dies kann zur Verschärfung der Ungleichheit beitragen sowie dazu, dass Millionen von Arbeitnehmern zurückgelassen werden. Es ist notwendig, dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmer auf allen Ebenen mehr Einfluss erhalten, wenn es darum geht, den Einsatz und die Wahl von Technologien zu antizipieren, darüber zu verhandeln und diese in Frage zu stellen, sodass negative Auswirkungen auf die Arbeitnehmer abgemildert und vermieden werden können.

- Es besteht ein dringender Bedarf an aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, insbesondere an der Weiterqualifizierung und Umschulung von Arbeitnehmern und an lebensbegleitendem Lernen während der bezahlten Arbeitszeit.

- Es bedarf einer europäischen Richtlinie für einen gerechten Übergang, die den Schwerpunkt auf die Antizipation und Bewältigung des Wandels legt, mit sozialem Dialog und Tarifverhandlungen als Leitprinzipien für die Regulierung neuer Arbeitsplätze, die infolge des digitalen und des grünen Wandels entstehen, einschließlich der Berücksichtigung junger Arbeitnehmer, die sich in einer zunehmend prekären Lage befinden.

- ◆ Bekämpfung aller Arten von prekärer Arbeit. Insbesondere für Arbeitnehmer, die auf Online-Plattformen beschäftigt sind, und für neue Formen der Arbeit sind aktualisierte Regelungen erforderlich, was die Verabschiedung einer ambitionierten Richtlinie über Plattformarbeit bis zum Ende dieser Legislaturperiode erfordert. Die Verteidigung des Rechts der Arbeitnehmer auf Nichterreichbarkeit und die Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn und einer Anpassung der Mitarbeiterzahl durch Tarifverhandlungen oder Gesetze.

- ◆ Geschlechtsspezifische Unterschiede bleiben bestehen oder nehmen in einigen Bereichen sogar zu, auch im Familien- und Berufsleben. Es sind Konjunkturmaßnahmen mit Investitionen in weibliche Arbeitskräfte erforderlich, die auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten sind. Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Querschnittsthema, das kontinuierlich in allen politischen Entscheidungsprozessen umgesetzt werden sollte.

- ◆ Im Rahmen der EU-Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter fordern wir eine geschlechterorientierte Vision und drängen auf die Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt für alle Altersgruppen, einschließlich der Gewalt am Arbeitsplatz, durch Instrumente wie die EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, einschließlich Vergewaltigung, und durch die Aufnahme geschlechtsspezifischer Gewalt in die Liste der EU-Straftatbestände.

- ◆ Die Bekämpfung des unfairen Wettbewerbs und des Sozialdumpings im Interesse einer fairen Mobilität der Arbeitskräfte. Die Aufstockung der Ressourcen und der Reichweite der Arbeitsaufsicht sollte unterstützt werden, einschließlich der Stärkung des Mandats der Europäischen Arbeitsbehörde mit der Fähigkeit, initiativ und mit Untersuchungs- und Sanktionsbefugnissen zu handeln, um Sozialdumping und Ausbeutung wirksam zu bekämpfen.

- ◆ Das bereits jetzt erfolgreiche Europäische Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE) sollte zu einem dauerhaften Instrument gemacht werden, um für künftige Krisen gewappnet zu sein.

- Armut und soziale Ausgrenzung: In vielen Ländern sind immer mehr Bevölkerungsgruppen von Armut betroffen. Es bedarf eines integrierten Plans zur Armutsbekämpfung, der Folgendes umfasst:

- ◆ den Schutz der Schwächsten, die Entwicklung einer Strategie gegen Energiearmut, die Sicherstellung des sozialen und territorialen Zusammenhalts und die Betrachtung der Versorgung mit Energie als Sozialdienstleistung von allgemeinem Interesse;

- ◆ die Stärkung der nationalen Sozialschutzsysteme und den Schutz Arbeitsloser vor Armut und anderen Risiken;

- ◆ die Bekämpfung von Ungleichheit durch hochwertige öffentliche Dienstleistungen und Investitionsstrategien;

- ◆ die Sicherstellung des Zugangs zu angemessenen Sozialversicherungsleistungen für alle Arbeitnehmer, einschließlich Selbstständiger, und Klarheit über die anwendbaren Rechtsvorschriften sowie die grenzüberschreitende Durchsetzung;

- ◆ das Mindesteinkommen ist oft das letzte soziale Sicherheitsnetz; die nationalen Mindesteinkommensregelungen müssen in der gesamten EU gestärkt werden, um das Leben der Bürgerinnen und Bürger auf dem gesamten Kontinent zu verbessern;

- ◆ die Anpassung der Mindestlöhne und Mindesteinkommen an die Inflation, um die Notlage der von Armut betroffenen Arbeitnehmer zu beheben;

- ◆ die Umsetzung der Kindergarantie;
- ◆ die Bekämpfung der Obdachlosigkeit muss im Vorfeld der Europawahlen und darüber hinaus eine sozialpolitische Priorität der EU bleiben. Wir müssen davon abkommen, Obdachlosigkeit zu verwalten, und stattdessen ihre Beseitigung zu unserem strategischen Ziel machen. Wir fordern die Ausarbeitung einer EU Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit, in die die EU-Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit umfassend eingebunden ist, um die jeweiligen nationalen Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit im Rahmen des Europäischen Semesters berücksichtigen zu können. Diese Strategie sollte durch eine Empfehlung des Rates zur Obdachlosigkeit gestützt werden.
- Hochwertige Gesundheitsdienste
 - ◆ Wir fordern, Gesundheit zu einer Priorität zu erklären.
 - ◆ Der Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung, Prävention und Früherkennung von Krankheiten ist ein grundlegender Bestandteil unseres Gesellschaftsmodells. Zu diesem Zweck muss sichergestellt werden, dass die Mitgliedstaaten angemessen in die öffentliche Gesundheit und Sozialfürsorge investieren.
 - ◆ Durch COVID-19 ist die Fragmentierung der Strukturen des Gesundheitswesens in der EU ins Blickfeld geraten. Eine echte, integrative europäische Gesundheitsunion muss über das reine Krisenmanagement hinausgehen und letztlich auf ein Europa ausgelegt sein, in dem jeder den höchsten erreichbaren Gesundheitsstandard mit gleichberechtigtem Zugang zu hochwertiger Behandlung genießt. Sie sollte einen Systemwandel einleiten, damit wir nicht nur auf die nächste Pandemie, sondern auch auf andere grenzüberschreitende Herausforderungen im Gesundheitsbereich wie die Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe und die Epidemien in Bezug auf Fettleibigkeit und nicht übertragbare Krankheiten, die alle europäischen Länder betreffen, vorbereitet sind. Sie sollte auch das Konzept „Eine Gesundheit“ verfolgen und im Interesse der Erhaltung unserer Gesundheit an der Verknüpfung des Wohlergehens von Mensch, Tier und Umwelt arbeiten.
 - ◆ Es sollten geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen sowie ihre Sicherheit und ihren Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu verbessern.
- Schutz der psychischen Gesundheit: Umsetzung einer EU-Strategie für psychische Gesundheit durch Förderung der Prävention, der Früherkennung und Vorsorge sowie der Bereitstellung eines auf das Individuum konzentrierten Ansatzes in der Gemeinschaft.
 - ◆ Verringerung von prekärer Beschäftigung, von Leistungs- und Arbeitsdruck sowie der häufig damit einhergehenden psychischen Probleme, um die vollständige Um- und Durchsetzung der europäischen und nationalen Rechtsvorschriften zu guten und gesunden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sicherzustellen.

- ◆ Verstärkte Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle der Einhaltung dieser Rechtsvorschriften, vorbehaltlich der Bereitstellung ausreichender Ressourcen für die zuständigen Behörden und der Sicherstellung angemessener Bußgelder bei Verstößen.
- ◆ Forderung und Förderung eines EU-Rechtsrahmens (Richtlinie) zur Beseitigung und Vorbeugung psychosozialer Risiken am Arbeitsplatz.
- ◆ Ausschluss von Unternehmen und Organisationen, die die Einhaltung dieser Rechtsvorschriften nicht garantieren, von öffentlichen Aufträgen und Beihilfen im Einklang mit den geltenden Richtlinien für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Beihilfen.
- Solidarität zwischen den Generationen: Das Arbeitsprogramm der neuen Kommission sollte Themen im Zusammenhang mit jungen Menschen, älteren Menschen und aktivem Altern hohe Priorität einräumen.
 - ◆ Betonung dessen, wie wichtig die Einbeziehung der Jugend nicht nur in den Arbeitsmarkt, sondern auch in die Gesellschaft und in die politischen Entscheidungsprozesse ist.
 - ◆ Umsetzung der Jugendgarantie in allen EU-Mitgliedstaaten.
 - ◆ Erforderlich ist ein generationenübergreifender Ansatz, um eine gute Ausbildung sicherzustellen und Ressourcen für ein aktives Altern bereitzustellen.
 - ◆ Alle Praktikanten, Trainees und Auszubildenden müssen eine Vergütung erhalten.
 - ◆ Umsetzung der Empfehlung des Rates zur Überarbeitung der Barcelona-Ziele zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung.
 - ◆ Bewältigung des demografischen Wandels, einschließlich der Lebensbedingungen der Rentner und der Förderung starker Rentenstandards, die in der gesamten EU ein menschenwürdiges Leben im Alter ermöglichen.



WIRTSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN

Geopolitische Spannungen, unsichere Arbeitsverhältnisse, prekäre Beschäftigungsbedingungen, der Klimawandel, die dramatisch gestiegenen Lebenshaltungskosten und die Digitalisierung stellen die europäischen Arbeitnehmer vor neue wirtschaftliche Herausforderungen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, die wirtschaftspolitische Steuerung der EU, das Europäische Semester, den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und die Eigenmittel der EU neu zu gestalten, um sicherzustellen, dass soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit einhergeht und das Wohlergehen der Menschen Ziel der Wirtschaftspolitik ist. Weitere Prioritäten sind die Bekämpfung von Steuerdumping und Steuerhinterziehung sowie die Schaffung gerechterer, progressiverer und besser koordinierter Steuersysteme in der EU. Die soziale Sicherheit muss Teil der wirtschaftlichen Entwicklung sein.

Die Bevölkerungsalterung wirkt sich auf den Umfang des Arbeitskräfteangebots und das wirtschaftliche Wachstumspotenzial aus. Es ist von entscheidender Bedeutung, politische Maßnahmen zu ergreifen, um diese Auswirkungen abzumildern. Investitionen in die Sozialpolitik sind entscheidend für ein nachhaltiges Wachstumsmodell.

Die Gruppe Arbeitnehmer verfolgt Themen im Zusammenhang mit Produktivität und

Wettbewerbsfähigkeit genau und begrüßt Initiativen, die darauf abzielen, die Energieabhängigkeit zu verringern, Engpässe in der Lieferkette zu beseitigen und der EU zu mehr strategischer Autonomie zu verhelfen. Wir müssen die Verantwortung für Wirtschaftsreformen übernehmen, die sicherstellen, dass der Wandel von den Bedürfnissen der Menschen bestimmt wird, anstatt großen Konzernen zu erlauben, die Bedingungen zu diktieren. Die EU muss wettbewerbsfähig bleiben, aber es muss auch sichergestellt sein, dass diese Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig ist.

DIE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- **Stabilitäts- und Wachstumspakt:** bleibt vorerst ausgesetzt und muss reformiert werden, um dem Investitionsbedarf unserer Gesellschaften besser Rechnung zu tragen, mit glaubwürdigeren Zielen, Aufgaben und Verpflichtungen, um sozialen Rückschritt zu vermeiden. Wir fordern, dass öffentliche Investitionen bei der Entscheidung über die Einleitung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit ausgenommen werden, damit alle Mitgliedstaaten die für die Verwirklichung der gemeinsamen Prioritäten erforderlichen öffentlichen Investitionen tätigen können. Das Verfahren der Überprüfung muss wiederaufgenommen werden, um eine Rückkehr zu den alten Haushaltsregeln zu verhindern und hin zu einem wohlstandsorientierten und neuen, moderneren haushaltspolitischen Rahmen zu gelangen.

- **Das Europäische Semester muss mit den Zielen des gerechten Übergangs und des sozialen Fortschritts verknüpft werden.**

Die nationalen Pläne sollten an Aufbauziele gekoppelt und auf die Sicherstellung des sozialen Zusammenhalts und den Abbau von Ungleichheit und sozioökonomischer Unsicherheit ausgerichtet werden.

- ◆ **„Das Europäische Semester sozial gestalten“:** Bei allen Reformen ist den Interessen der Arbeitnehmer in vollem Umfang Rechnung zu tragen. Außerdem sind angemessene öffentliche Investitionen erforderlich.

- ◆ **Das Europäische Semester muss durch die Einführung eines Rahmens für soziale Konvergenz mit Instrumenten zur Beseitigung sozialer Ungleichgewichte ergänzt werden.**

- ◆ **Die Sozialpartner, insbesondere die Gewerkschaften, und die Zivilgesellschaft müssen in die Nationalen Aufbau- und Resilienzpläne und andere Instrumente des MFR einbezogen werden.** Derzeit sind die Regeln nicht verbindlich und der soziale Dialog ist dem guten Willen der nationalen Regierungen überlassen. Wir fordern deshalb, solche Konsultationen auf der Grundlage von auf EU-Ebene festgelegten Mindeststandards verbindlich vorzuschreiben, da die Einbeziehung der Zivilgesellschaft auch bei anderen Instrumenten des MFR national und regional sehr unterschiedlich ausfällt.

- **KMU sind ein wichtiger Eckpfeiler der EU-Wirtschaft.** Es ist jedoch ebenso wichtig, dass die KMU bei ihrer Geschäftstätigkeit die Menschenrechte und die Umwelt



respektieren und dass sie die Möglichkeit erhalten, ihr Potenzial auszuschöpfen, zur nachhaltigen Entwicklung beizutragen, und zwar nicht nur mit Arbeitsplätzen, sondern vor allem mit fairen Löhnen, sicheren und gesunden Beschäftigungsbedingungen, Demokratie am Arbeitsplatz und hohen Sozial- und Umweltstandards.

- Umsetzung des Aktionsplans für die Sozialwirtschaft: Sozialunternehmen machen etwa 10 % aller Unternehmen in der EU aus. Durch die Umsetzung des Aktionsplans für die Sozialwirtschaft werden der rechtliche Rahmen und die Sichtbarkeit der sozialwirtschaftlichen Unternehmen angepasst, und zugleich wird ein Umfeld geschaffen, in dem sich die Sozialwirtschaft gut entwickeln kann, einschließlich des notwendigen Zugangs zu Märkten und Finanzmitteln, die ihnen die Möglichkeit bieten, mit ihren Tätigkeiten zu beginnen und diese auszuweiten. So wird eine staatliche Ordnung geschaffen, die Sozialunternehmen in gleicher Weise unterstützt wie andere Unternehmensformen.
- Steuern und die Notwendigkeit einer Steuerreform
 - ◆ Erforderlich sind eine Steuer auf Finanztransaktionen, die acht Länder bereits eingeführt haben, sowie eine Steuer auf digitale Transaktionen.
 - ◆ Wir fordern eine faire und progressive Besteuerung, einschließlich der Einführung einer progressiven Vermögenssteuer, zur Finanzierung der notwendigen Investitionen für einen gerechten Übergang.
 - ◆ Wir brauchen eine Verlagerung weg von der Besteuerung der Arbeit und eine Anpassung an die neuen Realitäten kapitalintensiver Unternehmen, wobei arbeitsintensive Unternehmen nicht bestraft werden dürfen.
 - ◆ Vorschlag zur vorübergehenden höheren Besteuerung der reichsten Steuerzahler im Kontext der Nachwirkungen der COVID-19-Krise.
 - ◆ Es bedarf eines europäischen Mindeststeuersatzes für Unternehmen.
 - ◆ Der Bekämpfung von Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Geldwäsche muss weiterhin höchste Priorität eingeräumt werden.
 - ◆ Beschlüsse im Steuerbereich sollten künftig mit qualifizierter Mehrheit und nicht einstimmig gefasst werden, weil dies jegliche Fortschritte behindert.
- Die EU braucht einen starken gemeinsamen Haushalt mit ausreichenden Eigenmitteln zur Umsetzung der notwendigen politischen Maßnahmen. Wie der US-amerikanische „Inflation Reduction Act“ zeigt, braucht die EU mehr Mittel, um Investitionen und nachhaltiges Wachstum zu fördern, auch unter Berücksichtigung der neuen Rahmenbedingungen für staatliche Beihilfen und der Probleme, die sich aus den sehr hohen Energiekosten ergeben, mit denen Verbraucher und Unternehmen in Europa konfrontiert sind.

- Der nächste mehrjährige Finanzrahmen
 - ◆ muss eine starke Kohäsionspolitik sicherstellen und zugleich Maßnahmen für eine effiziente und vollständige Nutzung der verfügbaren Mittel fördern;
 - ◆ muss sicherstellen, dass der Zugang zu europäischen Finanzmitteln an soziale Bedingungen geknüpft ist, einschließlich klarer Bedingungen für Tarifverhandlungen, und dass Unternehmen, die die Arbeitsrechte nicht einhalten, davon ausgeschlossen werden;
 - ◆ muss die rechtzeitige und vollständige Umsetzung des an die Rechtsstaatlichkeit geknüpften Konditionalitätsmechanismus neben anderen Instrumenten und Mechanismen zum Schutz der finanziellen Interessen der EU unterstützen.
- Über das BIP hinaus: Sorgfältig ausgewählte statistische Indikatoren werden von entscheidender Bedeutung sein, wenn es darum geht, die Fortschritte bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele und des europäischen Grünen Deals zu überwachen und den Erfolg der Aufbau- und Resilienzpläne im Rahmen des Europäischen Semesters zu bewerten. Wir brauchen eine Wirtschaft des Wohlstands.
- Vergabe öffentlicher Aufträge: Die Regeln müssen überarbeitet werden, um sicherzustellen, dass Verträge der öffentlichen Verwaltung Tarifverhandlungen und den sozialen Dialog sowie die Gleichstellung der Geschlechter unterstützen. Diese Punkte sowie faire Arbeitsbedingungen müssen Voraussetzung für den Zuschlag sein.
- Grüner Wandel: Trotz der Turbulenzen im Zusammenhang mit den globalen Herausforderungen von COVID-19, der russischen Invasion in der Ukraine und dem darauffolgenden Krieg sowie dem aktuellen Krieg in Gaza müssen die Anstrengungen zur Förderung eines nachhaltigeren und sozial inklusiveren Wirtschaftsmodells, die Nachhaltigkeitsziele und insbesondere die Umstellung auf ein umweltverträgliches Wachstum fortgesetzt werden. Wenn wir den Übergang zum europäischen Grünen Deal gerecht gestalten, bietet er eine besondere Chance für die Entwicklung der Unternehmen der Sozialwirtschaft. Dies bedeutet, dass die Unternehmen entsprechend ihren Möglichkeiten zu einem grünen und sozialen Deal beitragen müssen. Ungeachtet der Notwendigkeit, rentabel und wettbewerbsfähig zu sein, können und sollten sie dazu beitragen, dass der Grüne Deal, die Aufbau- und Resilienzpläne und der industrielle Wandel ein Erfolg werden und soziale Vorteile mit sich bringen.
- Nachhaltiges Finanzwesen
 - ◆ Die erforderlichen Finanzmittel müssen auf nachhaltige Investitionen mit einem langfristigen Ansatz umgelenkt werden, der ökologische, soziale und Governance-Aspekte und Strategien berücksichtigt. Auf der Grundlage der bereits geleisteten Arbeit und der Mitte

2021 veröffentlichten neuen Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen müssen die Anstrengungen weiterhin darauf ausgerichtet sein, einen harmonisierten EU-Rahmen für ein nachhaltiges Finanzwesen zu schaffen und zu verstärken, der von allen Interessenträgern, darunter insbesondere Arbeitnehmern und Verbrauchern sowie von Finanzinstituten, Unternehmen und Behörden unterstützt wird.

- ◆ Das Konzept des nachhaltigen Finanzwesens muss nicht nur wirtschaftliche und ökologische, sondern auch soziale und Governance-Kriterien in die Finanzregeln einbeziehen und sollte auf das Konzept der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit ausgeweitet werden.
- Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit
 - ◆ Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit basiert auf dem Wohlergehen aller, sozialem Fortschritt, Gerechtigkeit, stabiler Resilienz, ökologischer Nachhaltigkeit und Produktivität.
 - ◆ Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit bezieht sich auf die Gesamtheit der Institutionen und alle Akteure der wirtschaftlichen Entwicklung: Selbstständige, Unternehmen (Kleinstunternehmen, KMU, Sozialunternehmen, Großunternehmen, europäische Spitzenreiter), Arbeitnehmer, den öffentlichen Sektor (auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene) sowie Strategien und Faktoren, die das Produktivitätsniveau bestimmen.
 - ◆ Deshalb ist nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit für Arbeitnehmer sowie Bürgerinnen und Bürger ganz allgemein eine Kernpriorität: Sie stellt sicher, dass

Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft zugutekommt und nicht zu einem Wettlauf nach unten führt. Langfristig ist sie für alle besser, da wir, zumindest bis jetzt, alle den Planeten Erde brauchen. Außerdem liegt nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit auch im Interesse der Arbeitgeber: Sie dient nicht nur der ökologischen und sozialen Stabilität, sondern fördert zudem einen fairen Wettbewerb und begünstigt redliche Unternehmen.

- Nachhaltige Investitionen
 - ◆ Investitionen sind entscheidend für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstumsmodell im Einklang mit dem grünen und dem digitalen Wandel. Das benötigte Niveau kann jedoch angesichts der derzeitigen EU-weiten Investitionskürzungen nicht erreicht werden.
 - ◆ Eine soziale Taxonomie für nachhaltige Investitionen: Die Taxonomie sollte sich nicht nur an ökologischen, sondern auch an sozialen Kriterien orientieren und eine verlässliche Richtschnur bieten, die Unternehmen, die zur sozialen Nachhaltigkeit beitragen, besser sichtbar macht.
 - ◆ Die öffentliche Unterstützung für Investitionen in soziale Projekte sollte von den Defizitregeln ausgenommen werden.
- Beim Ausbau der Banken- und Kapitalmarktunion sollte der Stabilität der Finanzmärkte, der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit und der sozialen Gerechtigkeit ein vorrangiger Stellenwert eingeräumt werden. Dies bedeutet u. a. solide Verbraucherschutzstandards.



UMWELTPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Der grüne Wandel, die Senkung der CO₂-Emissionen und die Kreislaufwirtschaft haben zusammen mit der Digitalisierung Auswirkungen auf die Arbeitswelt, da sie die Art der Arbeitsplätze und Aufgaben verändern und neue Berufe entstehen lassen, während andere verschwinden. Diese Veränderungen stehen im Zusammenhang und verstärken sich gegenseitig.



Obwohl Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu großen sozioökonomischen Veränderungen führen können, ist sozialer Fortschritt ohne nachhaltigen wirtschaftlichen Fortschritt nicht möglich und letzterer kann nicht ohne einen sozial und beschäftigungspolitisch gerechten Wandel stattfinden.

Der grüne und der digitale Wandel werden zu tiefgreifenden sozioökonomischen Veränderungen führen. Um diesen Wandel sozial gerecht zu gestalten, sodass er zu einer gerechteren, grüneren und digitaleren Gesellschaft führt, müssen wir den notwendigen sozialen und rechtlichen Rahmen schaffen. Wenn uns dies gelingt, können wir gute grüne Arbeitsplätze schaffen und erhalten, die ein gutes Leben für alle ermöglichen – in der EU und darüber hinaus. Die EU hat bereits eine Reihe von Initiativen in den Bereichen Digitalisierung und Klimaschutz ergriffen, wie das KI-Gesetz, das Gesetz über digitale Dienste und das Gesetz über digitale Märkte einerseits und das EU-Klimagesetz,

„Fit für 55“ und RepowerEU andererseits, um nur einige zu nennen. Dennoch bleibt noch viel zu tun, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 und die damit verbundene notwendige Digitalisierung zu verwirklichen und vor allem sozial gerecht zu gestalten.

Dennoch muss sich die EU stärker dafür einsetzen, die Menschen in den Mittelpunkt des grünen und des digitalen Wandels zu stellen. Sowohl die nationale als auch die europäische Gesetzgebung konzentrieren sich noch viel zu wenig auf die Menschen und darauf, wie sich ihr Alltag und vor allem ihre Arbeit durch den grünen und den digitalen Wandel verändern werden. Wir brauchen deshalb Rechtsvorschriften, die sicherstellen, dass Arbeitnehmervertreter so früh und so eng wie möglich in die genannten Transformationsprozesse eingebunden werden. Eine solche Einbindung kommt nicht nur den Arbeitnehmern, sondern auch den Unternehmen zugute.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Transformationsprozesse, die die Sozialpartner auf allen Ebenen einbeziehen, sozioökonomisch gerechter sind. Es ist deshalb notwendig, gemeinsam an einem umfassenden Ansatz zu arbeiten, der sowohl die Investitionspolitik als auch Maßnahmen für eine soziale Abfederung zugunsten der finanziell schwächsten Haushalte stärkt. Nötig sind industriepolitische Schutzinstrumente sowie Arbeits- und Sozialschutzmaßnahmen, begleitet von Maßnahmen zur beruflichen Bildung und Umschulung, um die Erhaltung und Schaffung möglichst vieler nachhaltiger und hochwertiger Arbeitsplätze sicherzustellen.

Die Herausforderung besteht darin, die Sozialpartner auf unterschiedlichen Entscheidungsebenen einzubinden und sie an der Gestaltung und Überwachung zu beteiligen, wobei die lokale und regionale Ebene besonders berücksichtigt werden muss.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, den Schutz der Arbeitnehmer und ihre Beteiligung an der sozial gerechten Bewältigung des ökologischen Wandels in den Unternehmen sicherzustellen. In den Tarifverträgen muss Raum für einen gerechten Übergang geschaffen werden, der den Arbeitnehmern zugutekommt und niemanden zurücklässt. Ein weiteres Thema ist der ökologische Sozialschutz.

Deshalb müssen wir sicherstellen, dass die territorialen Pläne für den ökologischen Wandel von fairen sozialen Konzertierungsvereinbarungen und grünen Tarifverträgen mit einer geschlechtsspezifischen Perspektive begleitet werden, in denen die Schaffung und der Schutz hochwertiger nachhaltiger Arbeitsplätze sowie die Unterstützung der Menschen notwendige Voraussetzungen dafür sind, dass die Unternehmen Zugang zu Finanzmitteln für den grünen und sozial gerechten Wandel haben. Kurz: Es darf keinen grünen Wandel mit negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung geben.

Bestehende Beschäftigungsprognosen weisen auf ein klares Defizit an grünen Kompetenzen hin. Es fehlt an digitalen und grünen Kompetenzen, wovon die schwächsten Gruppen am stärksten betroffen sind. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen muss das Recht auf vollständige Qualifikation zu einem echten Recht für alle Menschen werden, basierend auf validierten und zertifizierten Schulungen zu digitalen und grünen Kompetenzen.

In diesem Rahmen sind sozialer Dialog und Tarifverhandlungen absolut notwendig, um Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme an den tatsächlichen Bedarf anzupassen, der sich aus dem grünen und dem digitalen Wandel ergibt, und um sicherzustellen, dass jeder die Möglichkeit zur Weiterbildung hat. Der soziale Dialog spielt auch eine Rolle bei der Festlegung guter Arbeitsbedingungen, angemessener Löhne und der Sicherung von Arbeitsplätzen sowie bei Investitionen in Technologie.

Der soziale Dialog ist auch von großer Bedeutung für die weniger sichtbare Umstellung auf eine umweltfreundliche Produktion in Unternehmen in der gesamten Wirtschaft, die eine Anpassung der Arbeitsorganisation, der Berufsprofile und der Kompetenzstrategien erfordert.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Arbeitnehmer die Zeit haben, sich in diesen Bereichen weiterzubilden. Deshalb sollte bezahlter Bildungsurlaub zusammen mit der Einführung einer kürzeren Arbeitswoche eine entscheidende Rolle bei der Umstellung und bei der Förderung der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt spielen.

Der Erfolg des grünen und des digitalen Wandels wird in hohem Maße davon abhängen, welche Strategien zu diesem Zweck umgesetzt werden. Die Umstellung auf eine grüne Wirtschaft ist neben den offensichtlichen positiven Auswirkungen auf die Umwelt deshalb auch eine große Chance, die Arbeitsstandards durch Sozialvereinbarungen zwischen den Sozialpartnern für einen gerechten Übergang zu verbessern. Die Erfahrung zeigt, dass die derart ausgehandelten Ergebnisse in der Regel ausgewogener und nachhaltiger ausfallen und dass eine wirksame Mitsprache der direkt Betroffenen zu besser gestalteten Arbeitsplätzen beiträgt.

DIE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

Nachhaltigkeit im Lichte eines gerechten Übergangs muss mit einem übergreifenden Ansatz umgesetzt werden, der ökologische, wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit umfasst und den Grundsätzen der Europäischen Säule sozialer Rechte Rechnung trägt. In diesem Kontext muss dem Schutz der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte auch künftig Vorrang eingeräumt werden.

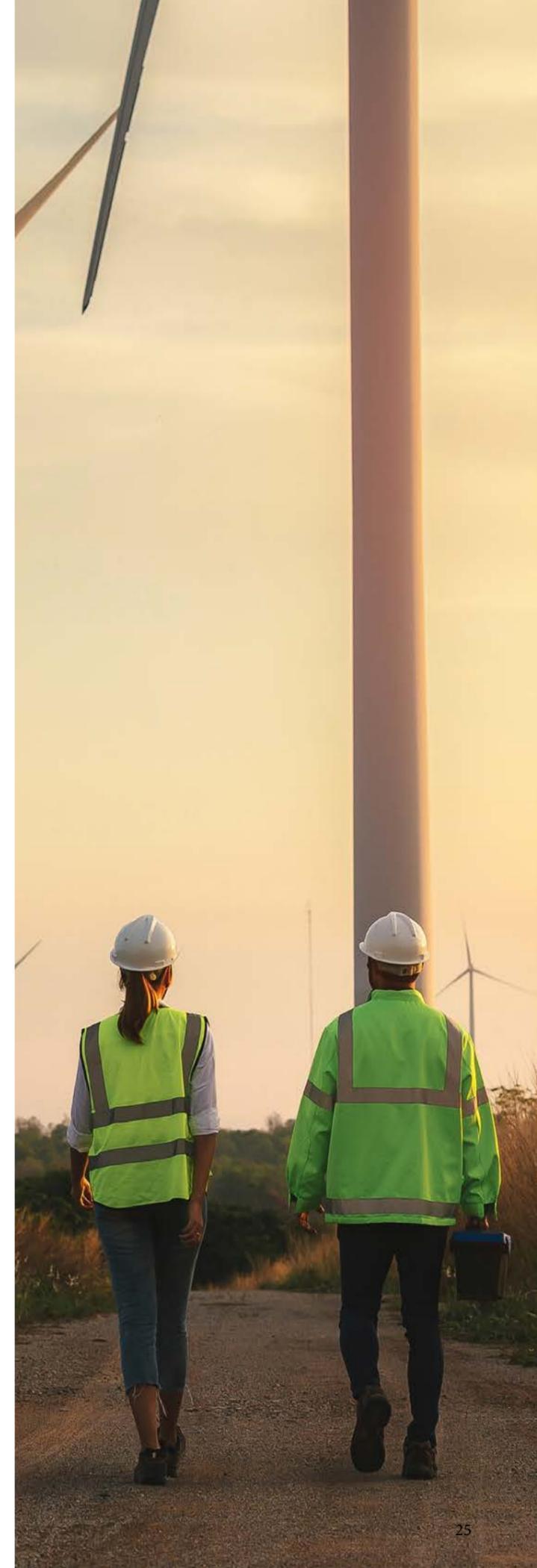
- Damit die Maßnahmen des Grünen Deals erfolgreich umgesetzt werden können, bedarf es der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger der EU. Der Grüne Deal muss insbesondere die Bürgerinnen und Bürger unterstützen, die von den Veränderungen am stärksten betroffen sein werden (z. B. die von industrieller Umstrukturierung

betroffen oder in kohleabhängigen Regionen tätig sind usw.), und zwar durch folgende Maßnahmen:

- ◆ Umschulung und Weiterbildung von Arbeitnehmern,
- ◆ Bereitstellung guter Arbeitsplätze als Alternativen,
- ◆ Sozialschutz für alle betroffenen Arbeitnehmer,
- ◆ Mitsprache, Unterrichtung, Konsultation und Einbeziehung der Arbeitnehmer: Sie müssen integraler Bestandteil eines vom sozialen Dialog geleiteten Wandels sein.
 - Tarifverhandlungen sind ein geeignetes Instrument für die Anpassung der Unternehmen und der Beschäftigung sowie der Arbeitsbedingungen an die Auswirkungen des Klimawandels. Sie ermöglichen eine Bewertung und Erläuterung der Investitionskosten der Unternehmen, sodass sie erhalten und an die Anforderungen einer fairen und nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit angepasst werden können.
 - Aufnahme von Klauseln zur sozialen Verantwortung in die Tarifverträge als Ergänzung der umweltorientierten Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der sozialen Verantwortung.
 - Neben anderen Maßnahmen Entwicklung eines Konzepts für bestimmte Mitarbeiter, die als Beauftragte für den ökologischen Wandel oder als Kontaktstellen für Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem ökologischen Wandel am Arbeitsplatz fungieren.
 - Unternehmen auffordern, in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretern Pläne und Strategien zur Senkung der CO₂-Emissionen zu erstellen.

- Ein neuer Rahmen für Investitionen muss entwickelt werden, damit öffentliche und private Mittel in eine nachhaltige Zukunft fließen können. Wir möchten noch einmal betonen, dass die Ziele des Investitionsplans für den europäischen Grünen Deal höher gesteckt werden müssen und dass der Plan mit massiven öffentlichen Investitionsplänen einhergehen muss, um die Ziele des europäischen Grünen Deals zu unterstützen.
- Eine tiefgreifende, umfassende Reform des Elektrizitätsmarktes: Die aktuelle Krise hat gezeigt, dass die derzeitige Struktur des Marktes keine funktionierenden Möglichkeiten bietet, Schocks abzufangen, gegebenenfalls relativ leicht zu generierende Zufallsgewinne begünstigt und den aktuellen Erfordernissen der Senkung der CO₂-Emissionen und des Verbraucherschutzes nicht gerecht wird.
- Überwachung der Umsetzung des Fonds für einen gerechten Übergang und des Klima-Sozialfonds, die für Solidarität und Konvergenz in Europa sorgen. Diese Fonds sollte aufgestockt werden, um eine angemessene Finanzierung für alle Gebiete zu ermöglichen, die aufgrund des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen sozioökonomischen Herausforderungen gegenüberstehen, Arbeitnehmer unterstützen, angemessene Maßnahmen in den Bereichen Sozialschutz, Umschulung und gute Arbeitsplätze bieten sowie die Einbeziehung von Arbeitnehmern sicherstellen.

- Wir brauchen eine europäische Richtlinie für einen gerechten Übergang, die die Antizipation und Bewältigung des Wandels in den Vordergrund stellt und den sozialen Dialog und Tarifverhandlungen als Leitprinzipien vorsieht. Die soziale Dimension bzw. die Initiativen zur Bewältigung der Herausforderungen des europäischen Grünen Deals sind nach wie vor fragmentiert und zu wenig ausgeprägt im Vergleich zu den anderen Initiativen im Rahmen von „Fit for 55“, die in zwingendes Recht umgesetzt wurden.
- Der Mechanismus für einen gerechten Übergang und der Klima-Sozialfonds, die nur einen begrenzten Anwendungsbereich und Zweck haben, sowie die nicht verbindliche Empfehlung des Rates zur Sicherstellung eines gerechten Übergangs zur Klimaneutralität bieten nicht die umfassende politische Plattform, die die EU benötigt, um die Auswirkungen des Wandels auf die betroffenen Arbeitnehmer, Regionen und benachteiligten Personen zu bewältigen.
- Bereitstellung von Indikatoren, anhand derer geprüft wird, wie die Gelder aus dem Aufbaufonds und die öffentlichen Mittel verwendet werden. Sanktionen gegen Länder, die ihre Ausgaben nicht im Einklang mit den sozialen und ökologischen Prioritäten Europas tätigen.
- Regionales Ungleichgewicht (insbesondere in Bezug auf kohleabhängige Regionen in der EU):
 - ◆ Aufbaupläne, die spezifisch auf die Kohleregionen zugeschnitten sind.
 - ◆ Konjunkturpläne für Regionen, die besonders von der Krise betroffen sind.
 - ◆ Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften beim Grünen Deal.
- Bei den Handelsabkommen muss der Grüne Deal, insbesondere im Hinblick auf die Bestimmungen zum Übereinkommen von Paris und zur Einhaltung der Menschenrechte, einen zentralen Platz einnehmen, um sicherzustellen, dass die Handelsabkommen der Nachhaltigkeit dienen.
- Angemessene Unterstützung gefährdeter Gruppen und Gebiete, die direkt vom Klimawandel und dem Verlust der biologischen Vielfalt betroffen sind, durch frühzeitige Prävention, Anpassungs- und finanzielle Hilfsmechanismen. Vorrangige Umsetzung von schnellen Rehabilitationsmaßnahmen für Menschen und Gebiete, die bereits von Waldbränden, Überschwemmungen und sonstigen Naturkatastrophen betroffen sind, und Verstärkung der internationalen Bemühungen zur Wiederherstellung der Natur.



DIGITALER WANDEL

Die digitale Landschaft verändert die Grundlagen der Arbeit in rasantem Tempo und zwingt uns, uns kritischen Fragen über die Zukunft der Arbeit in einer zunehmend digitalen und automatisierten Welt zu stellen.



DanInnerhalb dieses Paradigmas werden die europäischen Arbeitnehmer zu zentralen Akteuren bei der Gestaltung des digitalen Wandels.

Obwohl der digitale Wandel zweifellos wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile für die Arbeitnehmer mit sich gebracht hat, wie z. B. mehr Flexibilität, Autonomie und Möglichkeiten, Beruf und Privatleben besser miteinander in Einklang zu bringen, hat er auch eine negative Arbeitskultur geschaffen, in der die Arbeitnehmer ständig erreichbar und für arbeitsbezogene Anfragen verfügbar sein müssen, und den Weg für eine verstärkte Überwachung der Beschäftigten geebnet. Gegen diese schädlichen Folgen für die Arbeitnehmer muss etwas getan werden.

Eine der neuen Formen der Arbeit, die durch den digitalen Wandel entstanden sind, erlebt in Europa ein schnelles

Wachstum: die Plattformarbeit. Leider bringt sie häufig ein niedriges und unvorhersehbares Einkommen mit sich und bietet nicht das gleiche Maß an Schutz und Rechten wie eine traditionelle Beschäftigung. Arbeitnehmer, die auf Online-Plattformen beschäftigt sind, arbeiten oft isoliert und haben nur begrenzte Möglichkeiten, ihre Anliegen direkt vorzubringen. Algorithmische Management-Tools verschärfen diese Probleme noch.

DIE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- Schutz von Arbeitsplätzen und Beschäftigungsbedingungen.
- Umsetzung einer ehrgeizigen Richtlinie über Plattformarbeit, Verbot von Null-Stunden-Verträgen und Scheinselbständigkeit in allen Branchen und Bekämpfung aller Arten von prekärer Arbeit. Vor allem für Arbeitnehmer, die auf Online-Plattformen beschäftigt sind, und neue Formen der Arbeit wird ein aktualisierter Rahmen benötigt, wobei insbesondere junge Arbeitnehmer und Wanderarbeitnehmer zu berücksichtigen sind, die die Mehrheit der Plattformbeschäftigten ausmachen. Die Richtlinie muss auf alle Arbeitnehmer ausgeweitet werden, die von algorithmischen Management-Verfahren betroffen sind. Entscheidungen, die sich auf das Leben der Beschäftigten und die Arbeitsbedingungen auswirken, sollte nie allein von Maschinen getroffen werden. Der Ansatz der Steuerung durch den Menschen („Human-in-command“) muss Anwendung finden.
 - ◆ Verteidigung des Rechts der Arbeitnehmer auf Nichterreichbarkeit.
 - ◆ Festlegung von Mindeststandards für Telearbeit.
- Digitale Kompetenz
 - ◆ Es besteht ein dringender Bedarf an aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, insbesondere an der Weiterqualifizierung und Umschulung von Arbeitnehmern und an lebensbegleitendem Lernen während der bezahlten Arbeitszeit.
 - ◆ Lebensbegleitendes Lernen.
 - ◆ Verbesserung der digitalen Kompetenzen schutzbedürftiger Gruppen.
 - ◆ Beteiligung aller Menschen an der Digitalisierung, ungeachtet ihres Alters, ihres Geschlechts, ihres sozioökonomischen Hintergrundes und einer Behinderung.
 - ◆ Sicherstellung einer stärkeren Beteiligung von Frauen am Erwerb digitaler Kenntnisse.
 - ◆ Sicherstellung der Zugänglichkeit digitaler öffentlicher Dienstleistungen und Produkte.
 - ◆ Gleicher Zugang zum Internet für alle als Grundrecht.
 - ◆ Schließung der digitalen Kluft durch die Förderung eines inklusiven Zugangs zu digitalen Kompetenzen und digitaler Bildung.

- ◆ Bekämpfung von Desinformation.
- ◆ Mehr Sicherheit im Internet.
- ◆ Schutz der Privatsphäre und Datenschutz.
- ◆ Schutz von Kindern und Jugendlichen davor, früh übermäßig süchtig machenden Algorithmen in Geräten wie Smartphones ausgesetzt zu sein.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ – FÖRDERUNG DER CHANCEN BEI GLEICHZEITIGER VERMEIDUNG UND BEWÄLTIGUNG DER RISIKEN

Künstliche Intelligenz (KI) eröffnet große Chancen, entwickelt sich allerdings extrem schnell, und es besteht die Gefahr, dass wir von dieser Innovation überrollt werden. Der Einsatz von KI muss reguliert werden, um sicherzustellen, dass die Steuerung stets durch den Menschen erfolgt („Human-in-command“). Das Fehlen eines sozialen Dialogs muss dringend angegangen werden, denn die Arbeitnehmer müssen über die richtigen Instrumente verfügen, um sich diesen Herausforderungen stellen und ihren Arbeitsplatz behalten zu können. Einige Arbeitsplätze werden verschwinden, und die meisten Arbeitsplätze werden sich verändern. Diese Entwicklungen werden neue Kompetenzen und eine neue Ausbildung erfordern.

KI stellt auch eine Bedrohung für Menschen dar, die von digitaler Armut betroffen sind (geringes Einkommen, fehlende digitale Kompetenzen, Behinderungen usw.). Der Ansatz, niemanden zurückzulassen, sollte sich auch auf den Einsatz von KI in digitalen Diensten erstrecken.

Wichtig sind auch ethische Aspekte: Um die Manipulation unserer Demokratien zu vermeiden, aber auch um Transparenz und Gerechtigkeit sowie den Schutz des Einzelnen in allen sozialen und wirtschaftlichen Belangen zu wahren, muss der Einsatz von KI transparent und reguliert sein.

DIE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- Die transversale Umsetzung des Grundsatzes der wirksamen menschlichen Kontrolle, der sicherstellt, dass endgültige Entscheidungen immer von einem Menschen getroffen werden und dass jede von KI generierte Aktion von einem Menschen überwacht werden kann.
- Verbot von KI für biometrische Überwachung, Emotionserkennung, vorausschauende Polizeiarbeit, Offenlegung von KI-Inhalten in der Textproduktion und eine korrekte Definition von Risiken.
- Eine Richtlinie, die den Einsatz von KI am Arbeitsplatz regelt und die Rolle der Sozialpartner garantiert („wenn KI zum Einsatz kommt, müssen Arbeitnehmer mit an Bord

sein“). Sie muss dafür sorgen, dass die Steuerung von KI-Systemen stets durch den Menschen erfolgt, wobei dies mit den Arbeitsrechten und einem vernünftigen Umgang mit persönlichen Daten im Einklang stehen muss. Bei der Entwicklung und Umsetzung von KI-Systemen müssen die Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter entscheidend mitwirken.

◆ Eine solche Richtlinie muss sicherstellen, dass die Arbeitnehmer vor der Einführung digitaler Technologien, die sich auf die Beschäftigungsbedingungen auswirken, informiert und konsultiert werden (z.B. wenn ganze Prozesse durch KI gesteuert werden, ohne die Bedürfnisse der an diesen Prozessen beteiligten Menschen zu berücksichtigen).

- Soziale Standards dürfen nicht untergraben werden: Wenn KI menschliche Arbeit ersetzt, sollte dies nicht in Entlassungen resultieren, sondern in sozialem Fortschritt in Form von kürzeren Arbeitszeiten und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.
- Wir müssen den Dialog zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und dem Bildungssystem fördern, um sicherzustellen, dass die für den Wandel der Arbeit erforderlichen Kompetenzen erworben werden.
- Schaffung einer Struktur des Sozialversicherungssystems, die unregelmäßigen und atypischen Arbeitszeiten und der Prekarität von Arbeitsplätzen Rechnung trägt.
- Schaffung eines Rentensystems, das die Flexibilität berücksichtigt, die durch neue Technologien wie KI entsteht.
- Anpassung der Gesundheits- und Sicherheitssysteme an den Kontext und das Arbeitsumfeld.
- Die Gesetzgebung zur künstlichen Intelligenz muss auch eine unabhängige Prüfung des Einsatzes künstlicher Intelligenz bei der Bewertung und/oder Einstellung von Personal sicherstellen, was ausdrücklich Nichtdiskriminierung und den Schutz der Arbeitnehmerrechte einschließt. Einhaltung der spezifischen Anforderungen am Arbeitsplatz durch unabhängige Überprüfungen und Beschwerdemechanismen.
- Gleichberechtigter Zugang zu digitalen Diensten in Systemen, die KI nutzen.
- Aufruf zu einer fairen und ethischen gemeinsamen Nutzung der Vorteile von KI durch Regulierung und öffentliche Maßnahmen.
- Transparenz bei der Nutzung von KI und ihren Algorithmen in jedem Prozess.



MIGRATION

Aufgrund der katastrophalen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lage in vielen Ländern erleben wir massive Migrationsströme, die wohl auch in Zukunft nicht versiegen werden. In einigen Ländern an den EU Außengrenzen wie Italien, Griechenland und Spanien kommen deshalb sehr viele Migranten an, was zu einem hohen Druck auf die Ressourcen bei niedrigen Standards der Aufnahmeeinrichtungen führt. Darüber hinaus sind einige EU-Länder nicht bereit, Mitverantwortung für die Versorgung der Migranten zu übernehmen, was nicht nur von einem Mangel an Solidarität gegenüber den Migranten, sondern auch gegenüber den anderen EU-Mitgliedstaaten zeugt.



Bei den Rettungseinsätzen im Mittelmeer fehlen Kooperationsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten für das Management der Seenotrettung durch private Schiffe sowie zum Aufbau wirksamer Such- und Rettungssysteme in den europäischen Hoheitsgewässern. Darüber hinaus stellt die geringe Bereitschaft der Regierungen, Schiffe mit Migranten aufzunehmen, eine enorme humanitäre Herausforderung dar. Um sichere, legale und realistische Wege für die Einwanderung zu schaffen, muss auch der Existenz von Schleuser- und Menschenhandelsnetzen Rechnung getragen und diese bekämpft werden.

Einwanderung ist letztlich eine wichtige Triebkraft für das Wirtschaftswachstum und kann gegebenenfalls auch ein wesentlicher Faktor für eine nachhaltige Entwicklung sein. Vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs in Europa und der Tatsache, dass wir mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter benötigen, ist die Zuwanderung von entscheidender Bedeutung. Deshalb stellen eine angemessene Integration und Eingliederung aller Migranten, auch der Asylwerber, Flüchtlinge und Migranten ohne Ausweispapiere, in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt wichtige Prioritäten für die Gruppe Arbeitnehmer dar.

Rechtsextreme und euroskeptische Parteien haben das Thema Einwanderung zu einem zentralen Punkt in ihren Wahlprogrammen gemacht. Sie erhalten in der gesamten EU immer mehr Zuspruch und führen nicht nur Kampagnen gegen die EU, sondern auch gegen Demokratie und Menschenrechte. Deshalb lässt sich die Frage der Migration nicht ignorieren. Es braucht Lösungen, die auf der Achtung der Menschenrechte und dem Wert des menschlichen Lebens basieren, um eine möglichst wirksame Asylpolitik sicherzustellen und Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, die Möglichkeit zu geben, Schutz sowie sichere und legale Wege nach Europa zu finden. Diese Maßnahmen müssen mit der Unterstützung der Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen und wirksamen Kooperationsmechanismen im Einklang mit dem Grundsatz der Solidarität sowie mit einem langfristigen Plan für Stabilität, Demokratie und Wohlstand in der EU-Nachbarschaft und darüber hinaus verbunden werden.

DIE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- Es ist notwendig, einen gemeinsamen europäischen Rahmen für legale Migration und Asyl zu schaffen, der verbindlich, sicher und wirksam ist und dafür sorgt, dass alle Mitgliedstaaten das internationale Recht auf dem Gebiet der Menschenrechte einhalten. Die öffentlichen Dienste, die sich insbesondere in den Staaten an den EU-Außengrenzen mit dem Thema Asyl befassen, sollten personell ausreichend ausgestattet und geschult werden, und auch die für sie geltenden Verfahren der Rechenschaftspflicht sollten verbessert werden.
- Das Thema Migration wurde auf der Konferenz

zur Zukunft Europas angesprochen, wo auch betont wurde, dass es wichtig ist, den Menschenhandel zu bekämpfen, den Zugang zum Arbeitsmarkt für Migranten zu verbessern, die Ursachen der Massenmigration in den Herkunftsländern anzugehen, Maßnahmen für die Sicherheit von Migranten zu ergreifen, das Dubliner Übereinkommen und die Dublin-Verordnungen zum Asyl und zum Erstasystaat zu überprüfen und Migration und Asyl insgesamt aus einer humanitären Perspektive zu betrachten.

- Die Integration von Migranten muss als Vorteil für die Gesellschaft wahrgenommen werden: Integration muss als bidirektionaler Prozess verstanden werden, der sowohl die Gesellschaft des Aufnahmelandes als auch die Ankommenden betrifft und einbezieht, wobei gute Arbeit der wichtigste Faktor für die Integration und gleiche Rechte ein Instrument für die Eingliederung sind.
- Im Asylbereich muss gegen die willkürliche Anwendung von Asylkriterien, die illegale Inhaftierung an Grenzen sowie die Rückführung sogar in Staaten vorgegangen werden, in denen Flüchtlinge Gefahr laufen, ernsthaften Schaden zu erleiden oder verfolgt zu werden.
- Einführung wirksamer Such- und Rettungssysteme in den europäischen Hoheitsgewässern mit Kooperationsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten für die Steuerung der Seenotrettung durch private Schiffe.
- Endgültige Verabschiedung des Migrations- und Asylpakets für einen fairen, sicheren, nachhaltigen und vorhersehbaren Ansatz bei Asyl und Migration, der auf dem Schutz des individuellen Rechts auf Asyl, der Gewährleistung der Menschenrechte, hohen Schutzstandards und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten, insbesondere in Form von Umsiedlung, basiert. Wir werden seine Umsetzung auf nationaler und EU-Ebene überwachen.
- Aufruf zur Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Migration.
- Förderung von groß angelegten öffentlichen, auf empirischen Daten basierenden Informationskampagnen, um die entscheidenden Voraussetzungen für Einwanderung zu erklären und weit verbreitete falsche Vorstellungen zu widerlegen.
- Gezielte Maßnahmen, um der geschlechtsspezifischen Dimension der Migration und der prekären Lage unbegleiteter Minderjähriger und Kinder in vollem Umfang Rechnung zu tragen.

RECHTSSTAATLICHKEIT UND GRUNDRECHTE

Demokratie beruht nicht nur auf dem Willen der Mehrheit, sondern auch auf der Achtung von Minderheiten und politischen Unterschieden sowie auf der Tatsache, dass jeder Mensch der Rechtsstaatlichkeit unterliegt und durch die Grundrechte geschützt ist.

Dies wird von rechtsextremen Bewegungen zunehmend in Frage gestellt, die unter anderem die Universalität der Menschenrechte, die Gewaltenteilung im Staat oder die Unabhängigkeit von Journalisten, der Zivilgesellschaft und der Sozialpartner in Frage stellen.

Der Schutz der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit ist ein Eckpfeiler der EU und der Demokratie im Allgemeinen, da sie die Grundlage für eine funktionierende demokratische Gesellschaft bilden. Eine der größten Bedrohungen ist die Desinformation, durch die rechtsextreme Parteien gedeihen, die Gerüchte und Fake News in einem Tempo verbreiten, dem nicht wirksam begegnet werden kann, und die davon bei den Wahlen profitieren.

Der Kampf gegen Diskriminierung ist sowohl heute als auch in Zukunft (in Erwartung neuer Herausforderungen durch Veränderungen wie die Weiterentwicklung von KI) von grundlegender Bedeutung. Menschenrechte sind nur dann gewahrt, wenn die Rechte jedes einzelnen Menschen gewahrt werden.

DIE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten, einschließlich sozialer und wirtschaftlicher Rechte, und Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Fehlinformationen.
- Es bedarf eines funktionierenden zivilen und rechtlichen Rahmens für die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft, für freie und unabhängige Gewerkschaften und Unternehmensverbände.
- Analyse und Entlarvung von Fehlinformationen, die sich hinter rechtsextremen Narrativen verbergen,

insbesondere wenn angeblich Arbeitnehmer geschützt und demokratische Interessen verteidigt werden.

- Überwachung der sozialen Rechte, einschließlich des Streikrechts und des Rechts auf Tarifverhandlungen, und Einsatz für ihre Anwendung und Einhaltung in der gesamten EU. Ausweitung dieser Forderungen durch ihre Aufnahme als Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge und als Klauseln in Handelsabkommen und Verfahren zur Erfüllung der Sorgfaltspflicht.
- Bekämpfung von Populismus und Extremismus mit besonderem Augenmerk auf dem Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Rassismus.



EINE GLOBALE AGENDA AUF DER GRUNDLAGE VON SOLIDARITÄT, GLEICHHEIT UND INKLUSION

Die Krisen der letzten Jahre haben ein gemischtes Bild von Europa gezeichnet: Während auf die Pandemie trotz anfänglichen Zögerns weitgehend mit gemeinsamer Anstrengung (z. B. beim Kauf von Impfdosen) reagiert wurde und die EU in der Ukraine eine einheitliche Position vertritt, hat der aktuelle Krieg in Gaza die EU-Außenpolitik wiederum völlig gespalten.



Dies ist eine eindringliche Warnung, dass die EU auf der internationalen Bühne nur bei einer begrenzten Zahl von Themen in der Lage ist, mit geeinter Stimme zu sprechen. Nichtsdestoweniger müssen genügend Instrumente entwickelt werden, damit diese geeinte Stimme, wenn möglich, von Gewicht ist. Der Rückgang der Demokratie in der EU und in ihrer Nachbarschaft schreitet voran – in einem Kontext, der aktuell geprägt ist von Krieg vor den Toren der EU und der größten Krise im Nahen Osten seit Jahrzehnten. Die Lebensbedingungen in der EU verschlechtern sich in vielen Fällen. Aufgrund der Verknappung von Weizen und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch die russische Invasion in der Ukraine drohen den europäischen Verbrauchern drastische Preiserhöhungen und die Situation birgt die Gefahr von Hunger in ärmeren Ländern. Dies kann eine Nachbarschaft weiter destabilisieren, die von geopolitischen Konflikten, zivilen Unruhen und in vielen Fällen von politischer Autokratie und religiösem Extremismus geprägt ist.

Wir brauchen faire Handelsabkommen, die dazu beitragen, gute Arbeitsplätze zu schaffen und die Grund- und Menschenrechte, einschließlich der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, zu schützen. Diese Abkommen sollten auch den Schutz der Umwelt und der biologischen Vielfalt sowie die Einhaltung des Pariser Klimaschutzübereinkommens, die Sicherung hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen und die Stärkung der industriellen Basis Europas umfassen. Wir müssen auf die aktuelle Welle des wachsenden Protektionismus mit fairem Handel reagieren, wobei für die Angleichung der sozialen Bedingungen nach oben nicht nur innerhalb der EU gesorgt werden muss, um sicherzustellen, dass die gegenseitige Abhängigkeit keiner inhärenten Schwäche gleichkommt, und zugleich müssen wir die Chance, die sich aus den Herausforderungen auf dem Energiemarkt ergibt, nutzen, einen funktionierenden Strommarkt zu schaffen, der die Verbraucher schützt, erneuerbare Energien fördert und erschwingliche Preise bietet.

Solidarität bedeutet, dass alle Mitgliedstaaten gemeinsam Verantwortung übernehmen und die Last nicht auf die Mitgliedstaaten mit Außengrenzen allein abschieben.

- Deshalb sollte ein neues Verfahren zur Bestimmung des für die Bearbeitung eines Asylantrags zuständigen Mitgliedstaats eingeführt werden, das dem Grundsatz der Solidarität stärker Rechnung trägt, und Mitgliedstaaten sollten nicht die Möglichkeit erhalten, Rückkehrpatenschaften als Vorwand für Untätigkeit vorzuschieben.

In Bezug auf Arbeitsmigration sind realistische, legale und sichere Wege erforderlich (nach dem Vorbild der Blue-Card-Richtlinie, die ebenfalls auf der Konferenz für die Zukunft Europas vorgeschlagen wurde), um das starke Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage zu beheben, den Bevölkerungsrückgang in Europa auszugleichen und Wachstum, Produktivität und Innovation aufrechtzuerhalten.

- Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern im Bereich der legalen Migration.

- Die Integrationsbemühungen müssen intensiviert und auf die langfristigen Bedürfnisse der Migranten ausgerichtet werden. Beschäftigung und Integration in den Arbeitsmarkt sowie die Einbeziehung der Sozialpartner sind von entscheidender Bedeutung für eine erfolgreiche Integration, auch als Schutzwall gegen die Ausbeutung von Migranten.

- Geeignete Integrationsmaßnahmen, einschließlich des Austauschs bewährter Verfahren zwischen lokalen Akteuren, da Integration auf lokaler Ebene stattfindet, sowie Zusammenarbeit des EWSA mit Partnern im Rahmen der Europäischen Partnerschaft für Integration.

- Es bedarf einer öffentlichen Informationspolitik, die die Vorteile der Migration aufzeigt, um Hass und Fremdenfeindlichkeit gegenüber Asylwerbern, Flüchtlingen und Migranten generell zu bekämpfen.

Die schlimmsten Auswüchse müssen sanktioniert werden: Die Mitgliedstaaten und ihre spezialisierten Einrichtungen müssen sich mit Fällen von Missbrauch und Ausbeutung auseinandersetzen.

Der globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration ist ein nützlicher Rahmen, um internationale Instrumente zur Steuerung der Migration auszuloten, bei denen die Herkunfts-, Transit- und Zielländer eingebunden sind und der Achtung der Menschenrechte und der Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen ein hoher Stellenwert eingeräumt wird.

Zusammenarbeit zur Bekämpfung der strukturellen Ursachen von Zwangsmigration zwischen Regierungen und Sozialpartnern in der EU und in Drittländern, insbesondere im Mittelmeerraum, in der östlichen Nachbarschaft und in den Ländern südlich der Sahara. Vertiefung der (politischen und wirtschaftlichen) Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern zwecks Stärkung der nationalen Wirtschaft und ihrer Unterstützung in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, öffentliche Verwaltung usw.

DIE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- Wir müssen uns für eine globale Agenda einsetzen, die auf einem multilateralen Ansatz und multilateralen Institutionen und nicht auf Protektionismus und Unilateralismus beruht, die die Menschenrechte achtet und fördert und auf Frieden und Sicherheit in der Welt ausgerichtet ist. Wir müssen uns weiterhin für den Frieden in der Ukraine einsetzen: Russland muss seine Invasionstruppen zurückziehen.

- Die Nachbarschaftspolitik muss gestärkt werden, und zwar durch die Einbindung des gesamten westlichen Balkans und der Ukraine in die euro-atlantischen Strukturen. Dazu gehört auch die Unterstützung der Souveränität und der Reformen, indem die Länder bei der Bewältigung von Sicherheits Herausforderungen und,

wie im Fall der Ukraine, bei der Suche nach Lösungen für anhaltende Konflikte unterstützt werden.

- Beitrag zur Mobilisierung der reichsten Länder zur Unterstützung der ärmsten Länder bei der Bewältigung der derzeitigen Krisen.
- Ende 2023 hat die Kommission das Erweiterungspaket 2023 angenommen, das eine detaillierte Bewertung des Stands der Beratungen und der Fortschritte in Bezug auf Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, die Türkei und erstmals auch die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien auf ihrem jeweiligen Weg zum EU-Beitritt enthält. Angesichts der Impulse, die von der neuen Erweiterungswelle ausgehen, ist es wichtiger denn je, darauf hinzuweisen, dass es einer Vertragsreform bedarf, um die Entscheidungsstrukturen der EU umzugestalten und so die derzeitigen Blockaden zu vermeiden, die mit einer zunehmenden Zahl von Mitgliedstaaten nur noch weiter zunehmen würden. Dies sollte für ein objektiveres und transparenteres Beitrittsverfahren sorgen und der EU ihr wichtigstes außenpolitisches Instrument in ihrer Nachbarschaft zurückgeben.
- Die Beitrittsländer stehen vor einer Reihe von Herausforderungen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der Unabhängigkeit der Justiz, der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, der Medienfreiheit sowie der wirtschaftlichen Entwicklung, des Umweltschutzes und des sozialen Zusammenhalts, zu deren Bewältigung die zivilgesellschaftlichen Organisationen und insbesondere die Gewerkschaften einen wichtigen Beitrag leisten können. Transparente, rechenschaftspflichtige und kompetente zivilgesellschaftliche Organisationen sind wesentliche Partner bei der Verwirklichung eines langfristigen gesellschaftlichen Wandels, der zur Vollmitgliedschaft in der EU führt. Die EU muss die Zivilgesellschaft in diesen Ländern weiterhin unterstützen.
- Während des Erweiterungsprozesses muss die EU sicherstellen, dass die Beitrittsländer vor ihrem Beitritt alle erforderlichen Sozialstandards erfüllen, stabile Demokratien sind sowie die Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und Minderheiten achten. Außerdem müssen sie die Kernübereinkommen der ILO ratifiziert haben, insbesondere die Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf Kollektivverhandlungen und das Recht auf gleiches Arbeitsentgelt.

HANDEL – HERAUSFORDERUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT KÜNFTIGEN HANDELSABKOMMEN

- Durchsetzung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Handelsabkommen bei gleichzeitiger Sicherstellung von Sanktionen bei Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte.
- Sorgfaltspflichten für Anleger.
- Umsetzung des Grünen Deals in allen

Handelsabkommen.

- Verstärkung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft.
- Reform der internationalen Organisationen, wie der Vereinten Nationen und der WTO, um sie effizienter zu machen und besser für die neuen Realitäten zu rüsten.
- Notwendigkeit eines UN-Übereinkommens über Wirtschaft und Menschenrechte und Abschluss eines ILO-Übereinkommens über menschenwürdige Arbeit in globalen Lieferketten.
- Aufnahme der Einhaltung von Arbeitsnormen in alle Politikbereiche sowie in künftige multilaterale Handelsabkommen und Initiativen.

BEZIEHUNGEN EU-VEREINIGTES KÖNIGREICH

- Durchsetzung der Klausel über das Verbot eines verminderten Schutzniveaus für den gesamten sozialen Besitzstand der EU und alle anderen EU-Rechtsvorschriften, die die Arbeitsbedingungen betreffen.
- Verpflichtung des Vereinigten Königreichs, bei künftigen Verbesserungen der Sozial- und Beschäftigungsstandards mit der EU mitzuziehen.
 - ◆ Effiziente Umsetzung der Bestimmungen des Handels- und Kooperationsabkommens unter gleichen Wettbewerbsbedingungen, um zu verhindern, dass das Vereinigte Königreich künftige Verbesserungen der Sozial- und Beschäftigungsstandards der EU nicht nachvollzieht.
- Anwendung des Arbeitsortprinzips. Es muss gewährleistet werden, dass für die gleiche Arbeit am gleichen Ort auch das gleiche Entgelt gezahlt wird.
- Das Vereinigte Königreich sollte garantieren, dass bestehende Rechte weder jetzt noch in Zukunft geändert oder verwässert werden.
- Einbeziehung der Gewerkschaften in die Handelsverhandlungen und Überwachung des Abkommens.
- Stärkung der Rolle der internen Beratungsgruppe bei der Durchsetzung und Überwachung der im Rahmen des Abkommens vorgesehenen Verfahren durch die Möglichkeit der Einreichung von Beschwerden.
- Notwendigkeit gleicher Wettbewerbsbedingungen insbesondere bei Sozialstandards und beim Schutz der Arbeitnehmerrechte sowie in Bezug auf die Grundsätze des Umweltschutzes.
- Öffentliche Dienstleistungen sollten in jedem Handelsabkommen vor Privatisierung geschützt werden. Die Arbeitnehmer würden eine weitere Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen durch dieses Abkommen nicht unterstützen.
- Garantie finanzieller Unterstützung im Fischereisektor und in den damit verbundenen Industrien, um den Erhalt von Arbeitsplätzen bzw. die Möglichkeit alternativer Beschäftigung sicherzustellen.
- Schutz des Friedens in Nordirland und Verhinderung von Störungen, die das Karfreitagsabkommen gefährden

können.

- Obwohl wir darauf bedacht sind, jegliche Einmischung in die souveräne Entscheidungsgewalt des Vereinigten Königreichs zu vermeiden, sind wir entschlossen, uns weiterhin für eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einzusetzen und die Verbindungen über das gesamte Spektrum der Zivilgesellschaft zu verbessern.

ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT

- Aufnahme eines Dialogs mit der Zivilgesellschaft in Belarus und Unterstützung und Zusammenarbeit bei der Demokratisierung.
- Unterstützung der Ukraine bei ihren Friedensbemühungen, stetige Integration des Landes in die EU und entsprechende formelle Schritte, sobald sich Russland aus der Ukraine zurückzieht, zusammen mit den übrigen Beitrittsländern.

RUSSLAND

- Unterstützung der freien Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften im Land.
- Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit und des Schutzes der Menschenrechte.
- Überarbeitung und Verbesserung der bestehenden Sanktionen, um sicherzustellen, dass Russland sie nicht umgehen kann, und weitestgehende Reduzierung der Abhängigkeit von russischen Ressourcen.
- Entwicklung von Überwachungsinstrumenten, um gegen aktive Fehlinformationskampagnen, Cyberkrieg und andere Formen der Aggression Russlands gegen die EU-Mitgliedstaaten vorgehen zu können.
- Einrichtung eines internationalen Sondergerichtshofs für Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine.
- Entwicklung eines EU-Rechtsrahmens für die Einstufung von Staaten, die Terrorismus unterstützen, und Staaten, die terroristische Mittel einsetzen.
- Beendigung der Zusammenarbeit mit russischen Unternehmen und Organisationen, die Putins Politik unterstützen.

AFRIKA

- Langfristige Investitionen in die innerafrikanische Infrastruktur zur Förderung regionaler Wertschöpfungsketten und einer nachhaltigen lokalen Wirtschaft sind wirtschaftlich sinnvoll.
- Unterstützung der Agrar- und Lebensmittelindustrie in Afrika, um den Anbau zu verbessern, Ernteverluste zu verringern und die Qualitätsstandards zu stärken.
- Unterstützung der afrikanischen Länder in den Bereichen Steuerpolitik, Migration, Entwicklung, Umwelt, Bildung, Gesundheit sowie Arbeits- und Lebensbedingungen.
- Stärkung der Position der Frauen in Afrika.

MERCOSUR

- Notwendigkeit geeigneter Mechanismen im Handelsabkommen zur Durchsetzung von Umwelt- und Arbeitsnormen.
- Ausdruck unserer Besorgnis über die allgemeinen Arbeitsbedingungen in den MERCOSUR-Ländern und die möglichen Auswirkungen des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Staaten des MERCOSUR sowie über die mangelnde Transparenz und die Undurchsichtigkeit, mit der die Verhandlungen insbesondere in den MERCOSUR-Ländern geführt werden.
- Notwendigkeit der Ratifizierung einer Reihe grundlegender ILO-Übereinkommen in der Region.

CHINA

- Verbesserung des umfassenden Investitionsabkommens insgesamt (Ratifizierung der ILO-Übereinkommen, Fehlen einer Menschenrechtsklausel im Abkommen sowie Schutz von Minderheiten und anderen).
- Thematisierung des Einflusses Chinas in Afrika und Lateinamerika.

INTERNE BERATUNGSGRUPPEN

- Stärkung der Rolle und der Wirkung der internen Beratungsgruppen.
- Festlegung gemeinsamer Prioritäten für mehr Kohärenz zwischen den Gruppen.
- Bessere Zusammenarbeit zwischen dem EGB und dem EWSA.
- Bessere interne Organisation und Kommunikation innerhalb der internen Beratungsgruppen.

INTERNATIONALE KONFLIKTE

- Verteidigung der Menschenrechte und der Bedeutung des multilateralen Dialogs und der friedlichen Beilegung von Konflikten, die im Laufe der Zeit entstanden sind oder sich verfestigt haben und in Bezug auf die die EU keine einheitliche Position vertritt und keine offensichtliche und tragfähige Lösung in Sicht ist, unter vollständiger Umsetzung der Regelungen der Vereinten Nationen und Achtung des Völkerrechts.
- Nutzung der Resolutionen der Vereinten Nationen als Richtschnur und Einsatz der verschiedenen Instrumente, die der EU mit dem Binnenmarkt und der Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen, um im Einklang mit den grundlegenden Menschenrechten, der Achtung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen und demokratischer Freiheiten bestimmte Handlungen in diesen Gebieten zu fördern bzw. zu verhindern.

BESSERE POLITIKGESTALTUNG UND STRATEGISCHE VORAUSSCHAU

Ziel der strategischen Vorausschau ist es, zu antizipieren. Es sollen mehrere plausible Zukunftsszenarien ermittelt werden, auf die sich die EU vorbereiten kann, sodass es ihr möglich ist, die Zukunft so zu gestalten, dass sie den individuellen und kollektiven Erwartungen der Bürger möglichst umfassend Rechnung trägt.



Bei der Vorausschau im Rahmen einer strukturierten Auslotung von Zukunftsszenarien geht es eher um die Gestaltung der Zukunft als um ihre Vorhersage.

Die Vorausschau ist ein Aufruf zum Handeln. Sie zielt darauf ab, die beschlossenen Strategien zu koordinieren und perspektivisch zu betrachten, wodurch Schubladendenken und die Fragmentierung der Maßnahmen überwunden werden können. Die Vorausschau ist also eine Hilfestellung für die Entscheidungsfindung, soll sie jedoch nicht ersetzen.

Zum ersten Mal hat die Kommission in einer Mitteilung vorgeschlagen, die Vorausschau in den politischen Zyklus der Europäischen Union einzubeziehen.

DIE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

- Für die Gruppe Arbeitnehmer ist dies ein erster positiver Schritt, der jedoch in Bezug auf eine Reihe von Punkten einer weiteren Klärung bedarf.
- Für diesen ersten Durchgang wählte die Kommission das Thema Resilienz, das unter den vier Dimensionen „sozial und wirtschaftlich“, „geopolitisch“, „nachhaltig“ und „digital“ analysiert wurde, wobei für jede dieser Dimensionen die jeweiligen Stärken und Schwächen ermittelt wurden. Besondere Aufmerksamkeit ist folgenden Fragen zu widmen:
 - ◆ Wer wählt das Basisszenario/die Basisszenarien aus, und wie erfolgt diese Auswahl?
 - ◆ Aus welchen Komponenten wird der gesamte Zyklus der Vorausschau bestehen?
 - ◆ Wie ist die Vorausschau in der Praxis mit dem Programm „Bessere Rechtsetzung“ verknüpft, das auf eine Verbesserung der Qualität der Rechtsvorschriften und nicht auf Deregulierung abzielen sollte?
 - ◆ Wie ist die Vorausschau mit dem EU-Verfahren zur Erstellung von Folgenabschätzungen verknüpft?Die Vorausschau muss ein offener und pluralistischer Prozess sein, in den die organisierte Zivilgesellschaft, insbesondere der EWSA, in jeder Phase sowie bei der Festlegung der Referenzszenarien eingebunden ist.

Der EWSA kann in seinen Stellungnahmen systemische Risiken aufzeigen, was er bereits in Bezug auf die Auswirkungen der Sparpolitik auf das öffentliche Gesundheitswesen, die Folgen prekärer Beschäftigungsverhältnisse auf Einkommen und Armut sowie die Versorgung mit und die Bereitstellung von seltenen Erden unter Beweis gestellt hat.

Die Vorausschau ist ein wichtiges Instrument zur Ermittlung neuer sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Perspektiven im Hinblick auf die weitere Stärkung des Modells der sozialen Marktwirtschaft. Es ist dringend notwendig, die derzeitige Denkweise innerhalb der Europäischen Union, die durch die vorrangige Stellung des Wettbewerbs auf wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Ebene gekennzeichnet ist, grundlegend zu ändern.

Die Gruppe Arbeitnehmer begrüßt, dass die Kommission in ihrer Mitteilung einräumt, dass Wirtschaftswachstum kein Selbstzweck ist, und weist auf die Arbeit zu den Bereichen „Wohlergehen“ und „über das BIP hinaus“ hin. Es ist wichtig, neue Indikatoren für das Wohlergehen zu entwickeln, die in den Zyklus der Vorausschau sowie in die Gestaltung und Steuerung der EU-Politik integriert werden müssen. Das Referenzszenario für die Vorausschau sollte darauf abzielen, durch einen gerechten sozio-ökologischen Wandel und unter angemessener Berücksichtigung gesundheitspolitischer Anliegen für das Wohlergehen der europäischen Bevölkerung zu sorgen.

